

Fokus Steuerpolitik

Februar 2013
<http://fakten.vida.at>

vida

Fakten

Erben ist keine Leistung!

Die Erbschafts- und
Schenkungssteuer
Seite 2

Wen würde es treffen?
Seite 3

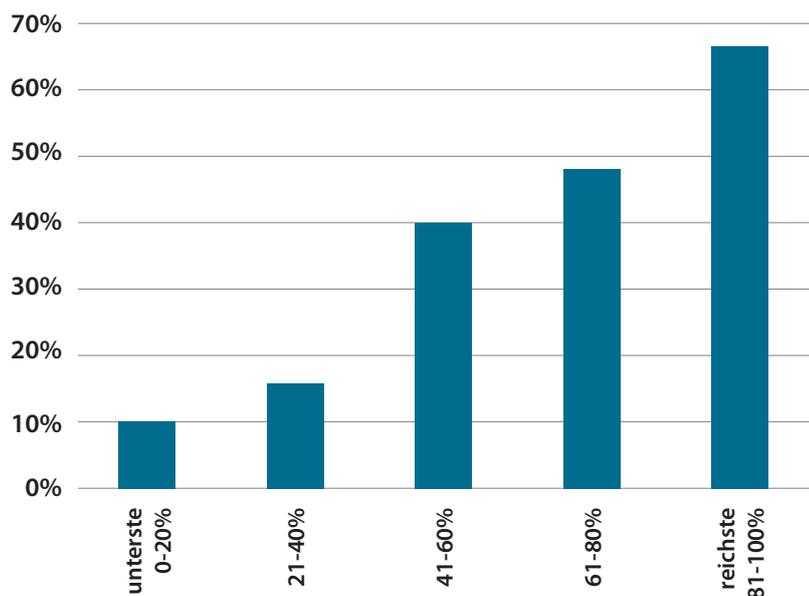


Erbschaftssteuer für den Sozialstaat!

Die Erkämpfung des Sozialstaates durch die ArbeiterInnenbewegung war und ist ein entscheidender gesellschaftlicher Fortschritt. Der Sozialstaat bietet den Menschen soziale Sicherheit, Lebensperspektiven sowie generell die notwendige Versorgung für ein lebenswertes Leben. Darüber hinaus ist der Sozialstaat eine wichtige gesamtwirtschaftliche

Stütze zur Stabilisierung der Wirtschaft und Sicherung der Einkommen der Menschen. Die hohe Ungleichverteilung des Reichtums und zukünftige Herausforderungen an den Sozialstaat gefährden jedoch seine Finanzierung. Die Lösung liegt in vermögensbezogenen Steuern wie z. B. der Erbschaftssteuer.

Anteil der Erben-Haushalte an Vermögensgruppen (%)



Die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Kleine Erbschaften werden verschont, hohe dagegen in Abhängigkeit vom übertragenen Vermögen stärker besteuert.

Erbschaften und Schenkungen stellen im Prinzip Einkommen dar, für die der/die EmpfängerIn keine Gegenleistung erbracht hat. Diese Einkommen erhöhen die Leistungsfähigkeit der ErbInnen. Darüber hinaus wird die bestehende Vermögensungleichheit weitervererbt und zusätzlich vergrößert. Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer erfasst die Einkommen aus der unentgeltlichen Bereicherung. Sie ist gesellschafts- und verteilungspolitisch sehr bedeutend. Bei entsprechender Gestaltung besitzt sie die am meisten wünschenswerten Verteilungswirkungen.

werden können. Hausrat, wie etwa Gegenstände des alltäglichen Bedarfs, Schmuck, Bilder sowie bewegliche Gegenstände bis 10.000 Euro, aber auch Gelegenheitsgeschenke werden ausdrücklich nicht besteuert! Um Unternehmensübergänge und damit Arbeitsplätze nicht zu gefährden, soll eine Ratenzahlung über einen längeren Zeitraum möglich sein. Auch ein eigener, höherer Freibetrag ist vorstellbar.

Nur Reiche und Superreiche erhalten für das Steuersystem relevante Erbschaften oder Schenkungen.

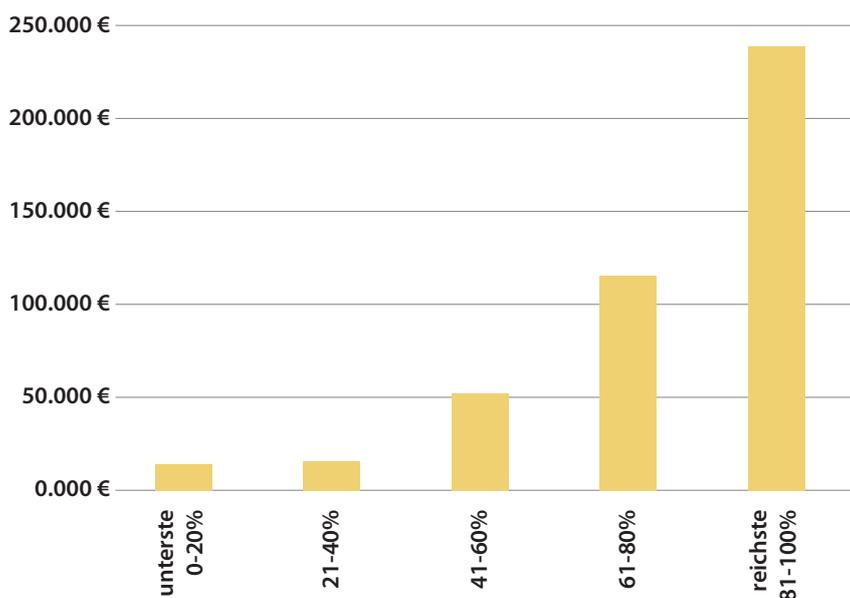
vida fordert daher eine neue, reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer, die kleine Erbschaften verschont, hohe dagegen in Abhängigkeit vom übertragenen Vermögen stärker besteuert. Um dies zu erreichen sehen die zur Diskussion stehenden Vorschläge einen hohen Freibetrag für durchschnittliche Erbschaften innerhalb der Familie und einen etwas geringeren für alle andere vor. Ähnlich Rücksicht nehmen die Vorstellungen zum Steuertarif, um geringfügige Durchschnittserbschaften zu schützen.

Die Bewertung soll grundsätzlich zu Marktpreisen bzw. nach dem Bewertungsgesetz erfolgen. Der Wert von Grundstücken richtet sich nach dem Durchschnittspreis einer bestimmten Gegend. Verbindlichkeiten und realistisch bewertete Lasten wie z. B. Wohnrechte, Nutzungsrechte oder Denkmalschutz, werden abgezogen. Bei der Übertragung von Finanzvermögen kommt Versicherungen und Banken eine Anzeigepflicht zu.

Als mögliches Aufkommen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer werden etwa 500 Mio. Euro erwartet.

Der Steuer soll der Nettozufluss aller Arten von Vermögen, auch von Finanzvermögen und Privatstiftungen, unterliegen. Schulden sollen abgezogen

Wert von Erbschaften (Median*) zum Zeitpunkt der Erhebung (EUR)



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Wen würde es treffen?

Die Sorge, dass die Finanzbehörden nach den „alten Unterhosen der Oma schnüffeln“, ist unbegründet! Hierfür sorgen die großzügigen Freibeträge und Steuerausnahmen, die für eine Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Diskussion stehen. Doch auch Daten der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) zum Erbgeschehen zeigen, dass hauptsächlich Reiche und Superreiche relevante Erbschaften oder Schenkungen erhalten (vgl. ÖNB 2012).

Von den reichsten 20 Prozent der Haushalte haben zum Erhebungszeitpunkt 2010 rund 65 Prozent mindestens einmal geerbt. Die Medianerbschaft* – 50 Prozent der Erbschaften waren darunter, 50 Prozent darüber – betrug etwa 240.000 Euro. Dagegen haben von den vermögensärmsten 40 Prozent lediglich 13 Prozent jemals geerbt. Das mittlere Erbe bewegte sich bei etwas über 14.000 Euro. Insgesamt haben 65 Prozent aller Haushalte in Österreich noch nie eine Erbschaft oder Schenkung erhalten. Ebenso ist die Behauptung, ErbInnen wären wegen der Besteuerung in ihrer Familiengründung gefährdet und müssten ihren geerbten Wohnsitz aufgeben, völlig haltlos. Die höchste Erbquote mit rd. 44 Prozent weist die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen auf. Sechzehn- bis Neunundzwanzigjährige erben dagegen

am seltensten – ihre Erbhäufigkeit liegt bei 15 Prozent. ErbInnen stehen somit zumeist mitten im Leben und erhalten gegebenenfalls eine Zweitimmobilie. Allerdings wird lediglich 15 Prozent der Haushalte das „Glück“ zuteil, ihren Hauptwohnsitz zu erben. Der Median* des Wertes lag 2010 bei 163.000 Euro, das durchschnittliche* Hauptwohnsitzerbe war 280.000 Euro hoch. Der Unterschied zwischen Median- und Durchschnittswert deutet an, dass viele wenig und einige wenige viel erben!

*Begriffserklärungen:

Median: Der Median oder Zentralwert ist ein Mittelwert für Verteilungen in der Statistik. Der Median einer Anzahl von Werten ist die Zahl, welche an der mittleren Stelle steht, wenn man die Werte nach Größe sortiert.

Durchschnitt: Werde alle Werte addiert und durch ihre Anzahl dividiert, so ergibt dies den Durchschnittswert.

Problem bei der Verwendung des Durchschnittswertes: Gibt es sehr viele niedrige Werte, aber nur einen oder wenige hohe, dann wird der Durchschnittswert durch die wenig hohen Werte verzerrt.

Von den reichsten 20 Prozent der österreichischen Haushalte haben rund 65 Prozent mindestens einmal geerbt.

Aufgrund einer Erbschaftssteuer muss niemand den Wohnsitz aufgeben.

Die derzeitige Situation in Österreich

Die üblichen Behauptungen von konservativer Seite, der Sozialstaat und sein notwendiger Ausbau seien nicht leistbar, sind grundlegend falsch. Nicht ein überbordender Sozialstaat ist das Problem, sondern die Weigerung, das Steuersystem zur Finanzierung von sozialen Leistungen entsprechend zu gestalten.

Der gesamte Wohlstand in Österreich ist sehr hoch. So beträgt das private Nettovermögen heute rund 1 Billion Euro! Allerdings ist der Wohlstand äußerst ungleich verteilt. Aus dem Sozialbericht 2011-2012 geht hervor, dass die reichsten 5 Prozent der Haushalte nahezu die Hälfte des gesamten Privatvermögens besitzen. Dagegen halten 50 Prozent der Haushalte etwas unter 4 Prozent vom Vermögenskuchen. Während die Reallöhne sinken, können Vermögende und Besserverdienende dank ihres Vermögens höhere Einkommen erzielen. Hinzu kommt, dass reiche Vermögensbesitzer in den letzten 20 Jahren Steuergeschenke in Form der Abschaffung wichtiger vermögensbezogener Steuern erhielten. Somit werden heute Leistungseinkommen aus Arbeit höher besteuert als Vermögen sowie leistungslose Vermögenseinkommen. Dies bringt die finanzielle Basis des Sozialstaates in Gefahr. Als Resultat kommt der Großteil des von der Mehrheit der Bevölkerung produzierten gesellschaftlichen Wohlstands nur einigen wenigen Reichen zugute.

Vermögensbesteuerung zur Sicherung der Pflege für alle!

Die Gewerkschaft vida bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm zum Sozialstaat und seiner ausreichenden Finanzierung über Steuern und Abgaben. So wäre beispielsweise die Verwendung der Einnahmen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer für die Pflege und Betreuung von alten Menschen denkbar. Hierdurch wäre es möglich, den zukünftigen finanziellen Mehrbedarf im Pflegebereich abzudecken. Gleichzeitig könnte der derzeitige Rückgriff auf das Hab und Gut der Pflegebedürftigen sowie der Angehörigen abgeschafft werden.

Eine solidarische Finanzierung der Pflege aus der Erbschaftssteuer kommt allen zugute - den Pflegebedürftigen, den Vermögenden, den Armen, den HausbesitzerInnen, den PflegeheimbewohnerInnen usw.

vida Fakten ist eine Publikationsreihe der Gewerkschaft vida mit dem Zweck, Fachinformation an BetriebsrätInnen, FunktionärInnen, Interessierte und an die Politik zu bringen.

Nähere Infos und Bestellung:
wirtschaft@vida.at
<http://fakten.vida.at>

Impressum:

Herausgeber: Gewerkschaft vida, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: +43 1 53 444 79 - 202

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Telefon: +43 1 662 3296
www.oegbverlag.at, office@oegbverlag.at.

ZVR: 576439352.



Über vida: Die Lebensgewerkschaft vida gliedert sich in die Sektionen Verkehr, Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe sowie Private Dienstleistungen und hat rund 148.000 Mitglieder.

